



Pressemitteilung

Ansbach, 15. April 2015

Staatssekretär kam mit leeren Händen: Keine Verbesserungen bei Fluglärm in Sicht

BI: „Akzeptanz der US-Militärpräsenz nach neuerlicher Aufrüstung im Sinkflug“

Im Rahmen des heutigen Gesprächs zwischen Vertretern der Bürgerinitiative (BI) „Etz langt's!“ und dem Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Dr. Ralf Brauksiepe (CDU), in Burgoberbach wurde deutlich, dass die Bundesregierung derzeit nicht im Ansatz daran denkt, die Bevölkerung in der Region Ansbach von nächtlichem Fluglärm der US-Kampfhubschrauber zu entlasten.

Der Staatssekretär kam mit leeren Händen und kündigte an, den einstimmigen Ansbacher Stadtratsbeschluss mit der Forderung nach einem Nachtflugverbot und einem strikten Überflugverbot nicht umzusetzen. Die US-Armee müsse in seinen Augen für Kriegseinsätze üben; Belastungen für Westmittelfranken seien nicht vermeidbar und müssten von der hiesigen Bevölkerung eben hingenommen werden.

Auch mehr Transparenz in Form von öffentlichen Sitzungen der sog. Fluglärmkommission unter Beteiligung betroffener Bürger erteilte er eine Absage. Das sei „nicht nötig“.

Die BI machte Dr. Brauksiepe gegenüber deutlich, dass durch die neuerliche Aufrüstung in Katterbach und Illesheim mit zusätzlich 25 Kampfhubschrauber, aber auch infolge des PFC-Giftskandals, die Akzeptanz der US-Militärpräsenz bei den Menschen in der Region weiter im Sinkflug sei. Die bald insgesamt 135 Kampfhubschrauber könnten unmöglich mit den Belangen des Schutzes der Lebensqualität und Gesundheit in Westmittelfranken in Einklang gebracht werden; zumal das Ministerium der Region bei den Flugbestimmungen keinen Schritt entgegen kommt.

Die BI-Vertreter sehen sich mit Blick auf die Bewegungsstarre der Bundesregierung in ihrer Position bestärkt: „Wir stehen klar für die zivile Umnutzung der Militärliegenschaften. Die Planung dieser Konversion ist rasch anzugehen anstatt weiterhin unsere Steuergelder für das US-Militär zu vergeuden. Unser Ziel sind Perspektiven für gute Regionalentwicklung anstatt immer stärker werdende Lärm- und Abgasbelastung sowie die Kontaminierung unserer Böden und Gewässer durch den Betrieb der US-Armeebasen.“

gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher